Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Federführender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule, Sport		Drucksachen-Nr. 446/2002
		☒ Öffentlich
		☐ Nicht öffentlich
Beschlussvorlage		
Beratungsfolge ▼	Sitzungsdatum	Art der Behandlung (Beratung, Entscheidung)
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	24.09.02	Beratung
Finanz- und Liegenschaftsausschuss	26.09.02	Beratung
Rat	10.10.02	Entscheidung

Tagesordnungspunkt

"GL Kultur - Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" : Zusammenführung der eigenbetriebsähnlichen städtischen Kultureinrichtungen Haus der Musik, Kunst und Kulturbesitz, Stadtbücherei und VHS in einen Eigenbetrieb

Beschlussvorschlag

Der Rat möge beschließen:

1. Die städtischen Kultureinrichtungen VHS, Kunst- und Kulturbesitz, Haus der Musik und Stadtbücherei werden ab 1.1.2003 in den Betrieb GL-Kultur zusammengeführt und als Sondervermögen gemäß §§ 95 Abs.1 Nr.3, 107 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 GO entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe – mit Ausnahme der Bestellung einer Werkleitung und der Bildung eines Werksausschusses – eigenbetriebsähnlich geführt.
2. Die dieser Vorlage beigefügte Satzung für "GL-Kultur/ Kulturbetrieb Bergisch Gladbach" wird beschlossen und tritt zum 1.1.2003 in Kraft.
3. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, damit GL-Kultur/ Kulturbetrieb Bergisch Gladbach zum 1.1.2003 den Betrieb aufnehmen kann.

Sachdarstellung / Begründung

Im Rahmen des Projektes "Produktkritik" wurde speziell unter der gesamtstädtischen Zielsetzung einer Konzentration der eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen der Vorschlag 4017 "Rückführung der Kultur-Betriebe" thematisiert.

Die Bürgermeisterin beabsichtigt, die bisher jeweils eigenbetriebsähnlich geführten städtischen Kultureinrichtungen

Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach

Haus der Musik Bergisch Gladbach

Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach sowie

die Volkshochschule Bergisch Gladbach

in einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung zusammenzuführen.

Diese soll ab 01.01.2003 als rechtlich unselbständiges Sondervermögen (gemäß §§ 95 Abs.1 Nr.3, 107 Abs.2 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 GO) entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe – mit Ausnahme der Bestellung einer Werkleitung und der Bildung eines Werksausschusses- geführt werden.

Die vier städtischen (Kultur-)Einrichtungen werden seit 01.01.1995 in der Form von eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen als Sondervermögen geführt.

Da sich diese Organisations- bzw. Rechtsform der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung für die kulturellen Einrichtungen bewährt hat, soll diese grundsätzlich beibehalten werden.

Durch die Zusammenführung in eine Einrichtung sollen aufgrund der gemachten Erfahrungen einerseits die positiven Aspekte dieser Betriebsform (wie z.B. gewonnene Kostentransparenz, deutliche Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der einzelnen Einrichtung bei dezentraler Verantwortung) beibehalten werden.

Andererseits soll eine stärkere Einbindung der kulturellen Einrichtungen in die gesamtstädtische Steuerung erreicht werden sowie die Schnittstelle zwischen Fachbereich und den Einrichtungen durch Erhöhung der Steuerungsmöglichkeit der Fachbereichsleitung definiert werden.

Die inhaltliche Gestaltungsverantwortung soll grundsätzlich in den einzelnen Einrichtungen belassen werden.

Weiterer Aspekt der Zusammenführung in einen Betrieb ist die Kostensituation. Eine Kosteneinsparung wird dadurch erwartet, dass künftig nur noch *ein* Betrieb vom Wirtschaftsprüfer zu prüfen ist und sich hierdurch der Aufwand und die Kosten verringern dürften.

Durch mögliche gemeinsame Nutzung einzelner Ressourcen, speziell im Service-Bereich (z. B. Buchhaltung, Hausdienste u.a.) können sich weitere Synergieeffekte ergeben.

Die bisher eigenständigen Wirtschaftspläne der Einrichtungen werden in einem Wirtschaftsplan zusammengefasst. Zur Wahrung der Übersichtlichkeit und der jeweiligen Teilverantwortung der Einrichtungen sind jedoch künftig verbindliche Teilpläne für diese vorgesehen (§ 2 Abs. 2).

Ebenfalls sollen zur besseren Übersichtlichkeit die Geschäftsergebnisse (GuV, Bilanz) sowohl für den Gesamtbetrieb "GL - Kultur" als auch für die einzelnen Einrichtungen separat vorgelegt werden.

Durch die Zusammenlegung der kulturellen Einrichtungen fließen die jeweiligen Ergebnisse der Gewinn- und Verlustrechnungen in das (Gesamt-)Jahresergebnis des Betriebes GL-Kultur ein. In Zukunft werden daher – allein als Folge dieser formalen Zusammenlegung - regelmäßig für GL-Kultur Jahresverluste ausgewiesen.

(Bei Gründung des Betriebes in Vorjahren hätte beispielsweise das Jahresergebnis 2000 - basierend auf den tatsächlichen Ergebnissen der Einrichtungen - einen Jahresverlust von 59.000 € und im Jahr 2001 von 223.000 € ausgewiesen.)

In den Wirtschaftsplänen können die Abschreibungen – wie bisher bereits teilweise praktiziert - nicht berücksichtigt werden, da die Höhe der derzeitigen Betriebskostenzuschüsse nicht ausreicht, um den abgeschriebenen Substanzverlust zu kompensieren.

Grundsätzlich erscheint es der Bürgermeisterin als sinnvoll und erstrebenswert, die Kulturverwaltung in Form eines Kulturbüros (derzeit geführt im Fachbereich 4) sowie das Stadtarchiv (derzeit selbständiges wissenschaftliches Institut innerhalb der Stadtverwaltung) mittelfristig ebenfalls in den Kulturbetrieb zu integrieren.

In diesen beiden Fällen sind jedoch noch verschiedene Prüfungen und Vorarbeiten erforderlich, so dass dieser Schritt erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen kann.

Um die vorgesehene Umsetzung für das Jahr 2003 zu erreichen, ist wegen der sechswöchigen Frist zur Anzeige an die Kommunalaufsicht die neue Betriebsatzung im Oktober durch den Rat zu verabschieden.

Der Entwurf der neuen Betriebsatzung ist als Anlage beigefügt.

Die bisherigen, auf die jeweilige Einrichtung bezogenen Betriebsatzungen wurden inhaltlich in diese neue Betriebsatzung eingearbeitet und sollen zum 01.01.2003 außer Kraft treten.

Im synoptischen Vergleich der bisherigen Satzungen und der Regelung in der neuen Betriebsatzung wird auf folgende Einzelaspekte hingewiesen:

- die inhaltlich identischen Regelungen in den einzelnen Satzungen wurden nahezu unverändert im allgemeinen Teil der Betriebsatzung bzw. in den Schlussbestimmungen übernommen
- bisher unterschiedliche Regelungen in den Einzelsatzungen wurden vereinheitlicht und übernommen, beispielsweise die Regelung in § 24 zu den Schenkungen
- bisher leicht von der gesamtstädtischen Handhabe abweichende Regelungen wurden an diese angepasst; beispielsweise die Regelung der Ausgestaltung der Wirtschaftsführung (§ 8 Abs. 3, Satz 2), der Beschaffungen (§ 5 Abs. 6), der Abweichungen vom Vermögensplan (§ 8 Abs. 4)
- die bisherigen Regelungen aus den jeweiligen Wirtschaftsplänen zur “Erheblichkeit” von Abweichungen wurde zentral (inhaltlich unverändert) in die Satzung übernommen
- die bisher einheitlich in den Satzungen der Einrichtungen enthaltenen Regelungen zu Zuschussgrenzen, Deckungsgraden sowie deren theoretischer Berechnung wurden nicht übernommen, da sich diese als nicht praxisgerecht erwiesen haben und die Betriebskostenzuschüsse, speziell in Abhängigkeit von der gesamtstädtischen Finanzlage, alljährlich neu festgesetzt wurden
- die Regelung zur Gemeinnützigkeit des Kulturbetriebes wurde inhaltsgleich aus den bisherigen Satzungen übernommen (§ 4); die endgültige Klärung und Zustimmung seitens des Finanzamtes Bergisch Gladbach steht hier noch aus
- die bestehenden Verpflichtungen aufgrund der seit langem bestehenden öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen mit den Gemeinden Kürten und Odenthal im Bereich der VHS sowie mit Odenthal für die Musikschule bleiben unberührt; die Verpflichtungen wurden in die Satzung über bzw. aufgenommen (§ 10 Abs. 3 sowie § 19 Abs. 2).

In der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung mit der Gemeinde Odenthal aus dem Jahr 1978 zur gemeinsamen Wahrnehmung von Aufgaben der Musikschule ist der Gemeinde Odenthal bei Satzungsänderungen ein Anhörungsrecht eingeräumt. Nach evtl. Beschlussfassung im Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport soll die Gemeinde Odenthal über die beabsichtigte Änderung der die Musikschule betreffenden Satzung unterrichtet werden.

Satzung
für
"GL – Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach "

Aufgrund der §§ 7 Abs.1, 41, 95, 107 Abs.2 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2, 114 Abs. 1 und 2 der *Gemeindeordnung* für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NRW S.666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27.11.2001 (GV NRW S. 811) in Verbindung mit der *Eigenbetriebsverordnung* für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 01.06.1988 (GV NRW S. 324) sowie der §§ 4 und 10 Abs. 1 des Ersten *Gesetzes zur Ordnung und Förderung der Weiterbildung* im Lande Nordrhein-Westfalen (WbG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.04.2000 (GV NRW S. 390) hat der Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seiner Sitzung am 10.10.2002 folgende Betriebssatzung beschlossen:

I.
Allgemeines

§ 1

Gegenstand, Zweck und Führung des Betriebes

- (1) Aufgaben des Kulturbetriebes Bergisch Gladbach sind im Rahmen gesamtstädtischer Zielsetzung der Betrieb und die Unterhaltung von Kultur- und Bildungseinrichtungen der Stadt. Insbesondere widmet er sich der Förderung von Kunst und Kultur, der Musik, der Literatur sowie der Bildung und Weiterbildung.
- (2) Dieser Satzungszweck wird insbesondere verwirklicht durch Bildungsangebote, Veranstaltungen, Förderung des Musikwesens, sozialpädagogische Angebote und Begegnungsmöglichkeiten, Förderungsprogramme, wissenschaftliche Forschung, das Sammeln, Bewahren und Erschließen von Kulturgütern sowie die Sicherung der qualifizierten Informationsbasis der Bevölkerung durch Bereitstellung aktueller Medien für Bildung, Wissenschaft, Arbeit und Freizeit.
- (3) Der Betrieb wird ab dem 01.01.2003 als rechtlich unselbständiges Sondervermögen gemäß §§ 95 Abs.1 Nr.3, 107 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 und Satz 2 GO entsprechend den Vorschriften über die Eigenbetriebe – mit Ausnahme der Bestellung einer Werkleitung und der Bildung eines Werksausschusses – eigenbetriebsähnlich geführt.

§ 2

Name der Einrichtung

Die Einrichtung führt den Namen "*GL - Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach*".

§ 3

Gliederung

- (1) Zu "GL - Kultur" gehören die folgenden Bereiche und Einrichtungen:
 - a) *Haus der Musik*
 - b) *Kunst- und Kulturbesitz*
 - c) *Stadtbücherei*
 - d) *Volkshochschule*
- (2) Die Bereiche und Einrichtungen werden jeweils mit einem eigenen verbindlichen Teilplan eigenverantwortlich nach den Grundsätzen dieser Satzung geführt.

§ 4 Gemeinnützigkeit

- (1) GL- Kultur verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung. Der Kulturbetrieb ist selbstlos tätig und verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Mittel des Kulturbetriebs dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden.
- (3) Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Kulturbetriebes Bergisch Gladbach fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (4) Bei Auflösung oder Aufhebung oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke des Kulturbetriebs Bergisch Gladbach erhält die Stadt Bergisch Gladbach nicht mehr als ihre ggf. eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

II. Betriebs- und Wirtschaftsführung; Rechnungswesen

§ 5 Betriebsführung

- (1) Die Funktion der Werkleitung nimmt die Bürgermeisterin/der Bürgermeister als Behörde wahr. Sie/Er beauftragt die Leitung des Fachbereichs 4 – Bildung, Kultur, Schule und Sport-, die Einrichtung GL – Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach im Rahmen der Vorgaben von Rat und Verwaltung fachlich und wirtschaftlich selbständig zu führen, soweit nicht durch die Gemeindeordnung, die Eigenbetriebsverordnung oder diese Satzung etwas anderes bestimmt ist.
- (2) Die Bürgermeisterin beauftragt eine Mitarbeiterin/einen Mitarbeiter mit der Stellvertretung.
- (3) Der Leitung des Kulturbetriebes Bergisch Gladbach obliegt die Dienst- und Fachaufsicht über die Dienstkräfte des Betriebes.
- (4) Die Leitung des Kulturbetriebes Bergisch Gladbach beauftragt den Leiter / die Leiterin der jeweiligen Einrichtungen, diese im Rahmen der Vorgaben von Rat und Verwaltung fachlich und wirtschaftlich selbständig zu führen.
- (5) Die Zuständigkeit für Entscheidungen über Fremdleistungen oder sonstige Beschaffungen und deren Vergabe richtet sich nach der Zuständigkeitsordnung der Stadt Bergisch Gladbach in der jeweils maßgeblichen Fassung.
- (6) Die bisher gültigen Dienstanweisungen und Geschäftsordnungen der einzelnen Einrichtungen bleiben in Kraft, soweit sie dieser Satzung nicht widersprechen.

§ 6 Fachausschuss; Rat

Der Fachausschuss nimmt in entsprechender Anwendung des § 5 Abs. 3 bis 6 EigVO die Funktion des Werksausschusses wahr. Der Rat entscheidet in allen Angelegenheiten, die ihm durch die Gemeindeordnung, die Eigenbetriebsverordnung und die Hauptsatzung vorbehalten sind.

§ 7 Bürgermeisterin, Kämmerer

Die Stellung der Bürgermeisterin bestimmt sich nach § 6 EigVO. Sie bereitet im Benehmen mit der Leitung der Einrichtung die Vorlagen für den Fachausschuss und den Rat vor. Die Rechte des Kämmerers ergeben sich aus § 7 EigVO.

§ 8 Wirtschaftsführung und Rechnungswesen

- (1) GL - Kultur ist nach den Grundsätzen eines sparsamen und wirtschaftlichen Betriebes unter Beachtung der Leistungsfähigkeit der Stadt Bergisch Gladbach zu führen.
- (2) Das Wirtschaftsjahr des Kulturbetriebes entspricht dem Haushaltsjahr der Stadt Bergisch Gladbach.
- (3) Die Buchführung erfolgt nach den Regeln der kaufmännischen Buchführung. Wirtschaftsführung und Rechnungswesen erfolgen nach den Vorschriften der EigVO, soweit nachfolgend nichts Abweichendes bestimmt ist.
Die Ausgestaltung der Wirtschaftsführung, des Rechnungswesens und der Jahresplanung müssen sich den gesamtstädtischen Regelungen, Vorgaben und Systemen anpassen.
- (4) Lässt die Ausführung des Wirtschaftsplanes im Laufe des Wirtschaftsjahres erkennen, dass durch Mehraufwendungen oder Mindererlöse der Erfolgsplan nicht eingehalten werden kann, sind durch die Leitung unverzüglich ausgabensenkende oder erlössteigernde Maßnahmen zu veranlassen.
Der Wirtschaftsplan ist bei Erfüllung der Voraussetzungen gemäß § 14 EigVO unverzüglich zu ändern, wenn das Jahresergebnis sich gegenüber dem Erfolgsplan um mehr als 5 % verschlechtern wird und diese Verschlechterung die Haushaltslage der Stadt beeinträchtigt oder eine Änderung des Vermögensplanes bedingt.
Ausgaben für verschiedene Vorhaben des Vermögensplanes, die sachlich eng zusammenhängen, sind gegenseitig deckungsfähig (§ 16 Abs. 5 S. 1 EigVO). Mehrausgaben für Einzelvorhaben des Vermögensplanes, die 10 % des Ansatzes im Vermögensplan, mindestens aber 16.000,- Euro überschreiten, bedürfen der Zustimmung des Fachausschusses.
- (5) Stammkapital wird nicht gebildet. Das das Stammkapital ausmachende Kapital wird unter Rücklagen ausgewiesen.
- (6) Die Zwischenberichte nach § 20 Satz 1 EigVO sind alle sechs Monate vorzulegen. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind binnen sechs Monate nach Ende des Wirtschaftsjahres gemäß §§ 21 und 25 EigVO aufzustellen und vorzulegen.

§ 9 Finanzierung

- (1) GL - Kultur finanziert sich durch Erträge, Zuweisungen und Zuschüsse sowie durch Rücklagen, insbesondere auch durch einen Betriebskostenzuschuss der Stadt Bergisch Gladbach.
- ~~(2)~~ Zur Sicherung der Liquidität werden auf den Betriebskostenzuschuss quartalsweise Abschläge geleistet.
- ~~(3)~~

III. Bereichs- und einrichtungsbezogene Regelungen

a) Haus der Musik

§ 10 Gegenstand und Zweck

- (1) Die Stadt hat die Aufgabe, das Musikwesen in Bergisch Gladbach zu fördern, vor allem durch Pflege und Anregung des Laienmusikwesens, insbesondere indem sie eine Musikschule betreibt, aber auch durch ein vielfältiges Konzertangebot sowie musikalische Informationsveranstaltungen.
- (2) Zu diesen Zwecken errichtet und unterhält sie die städtische Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach". Wesentlicher Bestandteil dieser Einrichtung ist die Städtische Max-Bruch-Musikschule.

- (3) Die Musikschule nimmt aufgrund öffentlich-rechtlicher Vereinbarung mit der Gemeinde Odenthal für diese die Aufgaben einer Musikschule wahr.
- (4) Konzerte, Unterrichtsangebote und sonstige Veranstaltungen sind öffentlich und den Einwohnern der Stadt Bergisch Gladbach zugänglich. Die Benutzung der Einrichtung erfolgt entgeltlich. Die Höhe des Entgelts bestimmt sich nach dem jeweils maßgeblichen Entgelttarif. Das einzelne Benutzungsverhältnis ist privatrechtlich ausgestaltet und bestimmt sich nach den Allgemeinen Vertragsbedingungen.

§ 11

Pädagogisches Konzept der Musikschule

- (1) Die Ausbildung an der Musikschule geschieht in Stufen:
 1. Elementare Musikerziehung
 - 1.1 in der Grundstufe
 - 1.2 in der Förderstufe
 2. Instrumentaler Gruppen- und Einzelunterricht
 - 2.1 in der Unterstufe
 - 2.2 in der Mittelstufe
 3. Instrumentaler Einzelunterricht in der Oberstufe
 4. praktischer und theoretischer Ergänzungsunterricht in allen Stufen.
- (2) Neben der Ausbildung in diesen Stufen können Kurse und Arbeitsgemeinschaften eingerichtet werden, die die Ausbildung fördern. Im Rahmen der Ausbildung an der Musikschule können schuleigene Musikinstrumente mietweise überlassen werden.

§ 12

Leitung und Beteiligung

- (1) Zur Leiterin/Zum Leiter der Einrichtung soll nur berufen werden, wer eine geeignete, abgeschlossene musikalische staatliche Fachausbildung hat. Lehrkräfte müssen die Staatliche Prüfung für Musiklehrerinnen/Musiklehrer in mindestens einem Hauptfach abgelegt haben oder Schulmusikerinnen/Schulmusiker, Volksschullehrerinnen/Volksschullehrer mit Wahlfach Musik, vergleichbare Kirchenmusikerinnen/Kirchenmusiker oder pädagogisch befähigte Orchestermusikerinnen/Orchestermusiker sein.
- (2) Die Leiterin/der Leiter der Kultureinrichtung hat bei der Aufstellung des Teilplanes im Wirtschaftsplan des Kulturbetriebes sowie bei wichtigen Personalentscheidungen die gewählte Elternvertretung anzuhören.

b) Kunst- und Kulturbesitz

§ 13

Gegenstand und Zweck

- (1) Die Stadt hat die Aufgabe, Kunst- und Kulturgüter zu sammeln, zu erforschen, zu bewahren und darzustellen. Zu diesen Zwecken errichtet und unterhält sie die städtische Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach".
- (2) Die Zugehörigkeit von Kunst- und Kulturgütern zur Einrichtung bestimmt sich nach einer vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschlossenen Liste. Diese führt die Bezeichnung "Städtischer Kunst- und Kulturbesitz" und ist Bestandteil dieser Satzung.

§ 14

Zugang und Nutzung

Sammlungen, Ausstellungen und Veranstaltungen zur Darstellung des Kunst- und Kulturbesitzes sind jedermann im Rahmen des geltenden Rechts und der Benutzungsbestimmungen zugänglich. Die Benutzung der Einrichtung erfolgt entgeltlich, soweit nicht der Entgelttarif, der auch die Höhe des Entgelts festlegt, etwas anderes bestimmt. Das einzelne Benutzungsverhältnis ist privatrechtlich ausgestaltet.

§ 15

Leitung

Zur Leiterin/zum Leiter der Einrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach" soll nur berufen werden, wer eine geeignete abgeschlossene wissenschaftliche Fachausbildung hat.

c) Stadtbücherei

§ 16

Gegenstand und Zweck

Die Stadt hat die Aufgabe, den Zugang der Bürger zur ganzen Vielfalt der in Schrift und Bild, durch Ton- und Bildträger und auf andere Weise gespeicherten Texten und Informationen dadurch zu ermöglichen, dass sie ein der örtlichen Bedarfslage angemessenes Literatur- und Medienangebot sammelt, erschließt, bereitstellt und einschließlich eines Beratungs- und Informationsdienstes vermittelt. Zu diesen Zwecken errichtet und unterhält sie die städtische Kultureinrichtung "Stadtbücherei Bergisch Gladbach".

Als Mittelpunktbibliothek im Rheinisch-Bergischen Kreis pflegt die Bücherei einen Sammlungsschwerpunkt „Bergische Bibliothek“.

§ 17

Zugang und Benutzung

Die Angebote der Stadtbücherei sind öffentlich und für jedermann im Rahmen des geltenden Rechts und der Benutzungsbestimmungen zugänglich.

Die Benutzung der Einrichtung erfolgt entgeltlich. Die Höhe des Entgelts bestimmt sich nach dem jeweils maßgeblichen Entgelttarif. Das einzelne Benutzungsverhältnis ist privatrechtlich ausgestaltet und bestimmt sich nach den allgemeinen Vertragsbedingungen.

§ 18

Leitung

Zur Leiterin/zum Leiter der Einrichtung soll nur berufen werden, wer über eine abgeschlossene Fachausbildung als Diplom-Bibliothekarin / Diplom-Bibliothekar verfügt.

d) Volkshochschule

§ 19

Gegenstand und Zweck

- (1) Die Stadt errichtet und unterhält als kommunale Pflichtaufgabe nach dem WbG die Volkshochschule Bergisch Gladbach (VHS). Diese dient der Weiterbildung von Jugendlichen und Er-

- wachsenen nach den Bestimmungen des WbG. Zu diesem Zweck bietet die VHS Lehrveranstaltungen zu den Sachbereichen nach §§ 3 und 11 WbG an. Die VHS arbeitet parteipolitisch und weltanschaulich ungebunden und unabhängig von Gruppeninteressen. Die Arbeit der VHS ist sowohl auf die Vertiefung und Ergänzung vorhandener Qualifikationen als auch auf den Erwerb von neuen Kenntnissen, Fertigkeiten und Verhaltensweisen der Teilnehmer gerichtet.
- (2) Die VHS nimmt aufgrund öffentlich-rechtlicher Vereinbarung mit den Gemeinden Kürten und Odenthal für diese die Aufgaben nach dem WbG wahr. Zu diesem Zweck unterhält sie in diesen Gemeinden je eine Zweigstelle.

§ 20 Programm, Zugang, Benutzung

- (1) Die Veranstaltungen der VHS sind öffentlich und im Rahmen des geltenden Rechts und der Benutzungsbestimmungen jedermann zugänglich. Sie werden in einem Gesamtprogramm, welches in sich geschlossene Teilprogramme für jede Zweigstelle enthält, öffentlich angekündigt.
- (2) Die Inanspruchnahme der Veranstaltungen (Benutzungsverhältnis) ist privatrechtlich ausgestaltet und wird durch Benutzungsbestimmungen und Vertragsbedingungen geregelt. Die Benutzung erfolgt, soweit nicht das Gesamtprogramm etwas anderes bestimmt, entgeltlich. Die Höhe des Entgelts wird in dem jeweils maßgeblichen Gesamtprogramm festgelegt.

§ 21 Struktur und Leitung

- (1) Die Aufgaben- und Personalstruktur bestimmt sich nach den §§ 3, 11 und 12 WbG. Zu den sich ergebenden Sachbereichen werden Fachbereiche gebildet. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Fachbereichen sind für die eigenständige Planung und Durchführung der Veranstaltungen in ihrem Fachbereich verantwortlich.
- (2) Zu den Aufgaben der Leiterin/des Leiters der Einrichtung gehören im Rahmen der Vorgaben von Rat, Werk- und Betriebsleitung sowie Verwaltung insbesondere:
- a) die langfristige Planung des Weiterbildungsangebotes,
 - b) die Erstellung, Festlegung und Durchführung des Gesamtprogramms,
 - c) die Verpflichtung der nebenamtlichen und nebenberuflichen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- (3) Die Durchführung der einzelnen Lehrveranstaltungen soll von den pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder entsprechend vorgebildeten nebenamtlichen oder nebenberuflich für die VHS tätigen, pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Wege eines freien Dozentenvertrages übertragen werden.

§ 22 Mitwirkungsrechte

- (1) Die hauptamtlichen und hauptberuflichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der VHS wirken an der Erstellung und Durchführung des Gesamtprogramms durch Vorschläge und regelmäßige Besprechungen mit der Leiterin/dem Leiter der VHS (Konferenzen) mit. Das Nähere wird durch die Geschäftsordnung der VHS geregelt, die die Leiterin/der Leiter der VHS erlässt.
- (2) Die nebenamtlichen und nebenberuflichen pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben das Recht, jeweils für ein Jahr zwei Sprecherinnen/Sprecher für die Stadt Bergisch Gladbach und je eine/einen Sprecherin/Sprecher für die Zweigstellen zu wählen. Die Sprecherinnen/Sprecher haben das Recht zu Vorschlägen zur Gestaltung des Gesamtprogramms und zur Teilnahme an den Konferenzen. Die Einzelheiten der Sprecherwahl regelt eine Wahlordnung, die die Leiterin/der Leiter der VHS erlässt.

- (3) Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Veranstaltungen der VHS mit mindestens 10 Unterrichtsstunden Dauer haben das Recht, jeweils für ein Jahr eine Kursvertreterin/einen Kursvertreter zu wählen. Diese wählen ihrerseits Sprecherinnen/Sprecher, und zwar zwei für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Bergisch Gladbach und je eine/einen für die Zweigstellen. Abs. 2 Satz 3 gilt entsprechend. Die Sprecherinnen und Sprecher werden von der Leiterin/dem Leiter der VHS zur Vorbereitung des Gesamtprogramms angehört.

VII. **Schlussbestimmungen**

§ 23 **Ermächtigung**

- (1) Die Leitung des jeweiligen Bereiches bzw. der Einrichtung darf zur Erfüllung der ihr zugewiesenen Aufgaben alle zweckmäßigen Maßnahmen treffen soweit diese Satzung nichts anderes bestimmt.
Sie kann im Rahmen der Vorgaben des Rates Einrichtungen oder Teile von Einrichtungen vermieten oder verpachten.
- (2) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Leitung und in ihrem Auftrag auch andere Mitarbeiter/innen an der Gründung privater Organisationen, die die Förderung des Kulturbetriebes oder eines ihrer Bereiche bezwecken, mitwirken, diese leiten oder an deren Leitung mitwirken.

§ 24 **Schenkungen**

Über die Annahme von Schenkungsangeboten und Schenkungen entscheidet bei Beträgen über 5.000 Euro der zuständige Ausschuss; dies gilt nicht für Spenden, die von einer privaten Organisation, die die Förderung von GL- Kultur oder eines ihrer Bereiche bezweckt, zur Verfügung gestellt werden. Im Übrigen entscheidet die Leitung des Kulturbetriebes.

§ 25 **In-Kraft-Treten**

Diese Satzung tritt am 01.01.2003 in Kraft.

Zugleich treten die vom Rat der Stadt Bergisch Gladbach in seinen Sitzungen vom 30.08.1994 und 20.09.2001 beschlossenen Satzungen der städtischen Kultureinrichtung "Haus der Musik Bergisch Gladbach", der städtischen Kultureinrichtung "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach", der städtischen Kultureinrichtung "Stadt- und Kreisbücherei Bergisch Gladbach" sowie der Volkshochschule Bergisch Gladbach, jeweils geändert durch Artikelsatzung vom 21.11.2001, außer Kraft.

Hinweis:

Die Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften der GO NW beim Zustandekommen dieser Satzung ist nach § 7 Abs. 6 der GO NW unbeachtlich, wenn sie nicht innerhalb eines Jahres seit Inkrafttreten geltend gemacht worden ist. Dies gilt nicht, wenn

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren nicht durchgeführt wurde,
- b) die Satzung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht worden ist,
- c) die Bürgermeisterin den Ratsbeschluss vorher beanstandet hat oder
- d) der Form- und Verfahrensmangel gegenüber der Gemeinde vorher gerügt ist und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

***Anlage zu Abschnitt III - "Kunst- und Kulturbesitz Bergisch Gladbach" -
der Satzung für "GL – Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach "***

1. Bergisches Museum für Bergbau, Handwerk und Gewerbe

- 1.1 bergbaugeschichtliche Bestände
- 1.2 geologische - mineralogische Bestände
- 1.4 volkskundliche Bestände
- 1.5 ortsgeschichtliche Bestände

- 1.6 **Außenstelle Fossiliensammlung**
 - 1.6.1 paläontologische Sammlung
 - 1.6.2 Sammlung Daniel
 - 1.6.3 Geo-Pfad

- 1.7 **Schulmuseum Bergisch Gladbach**
 - 1.7.1 schulgeschichtliche Sammlung
(Sammlung Cüppers)
- 1.8 Dokumentation mit Bildarchiv und Fachbibliothek
zu den unter 1.1 - 1.7 genannten Beständen

2. Städtische Galerie Villa Zanders

- 2.1 **lokale und regionale Kunst
des 19. und frühen 20. Jahrhunderts**
(überwiegend Malerei)
mit den Schwerpunkten
 - Johann Wilhelm Lindlar
 - Catharina Fischbach
 - Carl Ludwig Fahrbach
 - Alexe Altenkirch

- 2.2 **Stiftung Walter Lindgens:**
 - Nachlass eigener Werke
(Gemälde, Zeichnungen, Druckgraphiken)
 - persönliche Kunstsammlung mit Graphiken
(überwiegend rheinischer Künstler aus der ersten
Hälfte des 20. Jahrhunderts) und
illustrierte Bücher, Mappenwerke etc.

- 2.3 **Schenkung Josefine Bamann**
(Kleinplastik erste Hälfte 20. Jahrhundert)

- 2.4 **Schenkung Wilhelm Gorré**
(repräsentative Auswahl von ca. 300 Zeichnungen,
Aquarellen und Drucken des Künstlers)
- 2.5 **Sondersammlung "Papier als künstlerisches Medium"**
(etwa 200 internationale Arbeiten, erworben mit Mitteln der Kreissparkasse Köln)
- 2.6 **Artothek**
Sonderbestand zeitgenössischer, überwiegend deutscher Graphik, zur Ausleihe an jedermann
- 2.7 Dokumentation mit Bildarchiv und Fachbibliothek
zu den unter 2.1 - 2.6 genannten Sammlungskomplexen